

Ausbildungsreport 2011

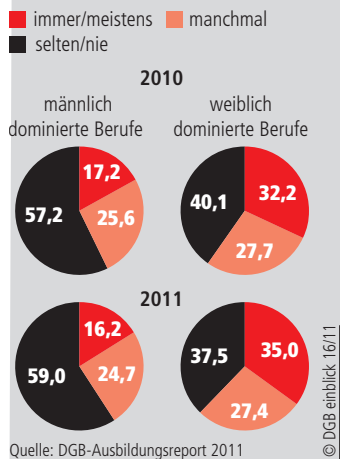
## Handeln statt klagen

Die Klagen von Arbeitgebern und Verbänden über fehlende Auszubildende und Fachkräfte werden lauter. Doch die Qualität der Ausbildung hat sich auch im vergangenen Jahr nicht verbessert. Das ist ein zentrales Ergebnis des DGB-Ausbildungsreports 2011. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock betont: „Die Auszubildenden von heute sind die qualifizierten Fachkräfte von morgen. Arbeitgeber haben es selbst in der Hand, Fachkräfte zu qualifizieren.“ Leider seien die Probleme von Azubis in den letzten Jahren nicht geringer geworden.

Wie auch in den Vorjahren belegen die Ausbildungsberufe im Hotel- und Gaststättengewerbe die hinteren Plätze. Die Rote Laterne hält 2011 der Beruf Hotelfachmann/-frau. „Kein Zufall“, wie DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf meint. Schließlich müssten zwei Drittel der Azubis regelmäßig Überstunden leisten – zwischen acht und neun Stunden wöchentlich. Ein rauer Umgangston und eine schlechte Betreuung

### Frauenjobs: Feierabend ohne Entspannung

Antworten von weiblichen und männlichen Auszubildenden auf die Aussage „Ich habe Probleme, mich nach der Ausbildung in meiner Freizeit zu erholen“ im Vergleich 2010 und 2011 (in Prozent)



**Die Zahl der Frauen, die sich nach Feierabend oft oder manchmal schlecht entspannen können, ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.**

durch die Ausbilder geben den jungen Menschen zudem das Gefühl, als „billige Arbeitskräfte ausgenutzt zu werden“, so Rudolf. Auf

die Plätze eins bis drei kommen Bankkaufmann/-frau, Industriemechaniker/in und Mechatroniker/in.

Ingrid Sehrbrock ruft insbesondere die Kammern auf, mit unangemeldeten Betriebsbesuchen die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen zu kontrollieren. Denn weiterhin müssen 40 Prozent aller Azubis Überstunden leisten. Fast jede/r Dritte muss ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichten, wie zum Beispiel das Auto des Chefs waschen.

Auffällig ist, dass die Schere zwischen männlich und weiblich dominierten Berufen, wie auch in den Vorjahren, auseinander geht. Frauen bekommen demnach weniger Geld und Urlaub und müssen zudem mehr Überstunden leisten bei gleichzeitig schlechterem Ausgleich. Das gilt unter anderem für Friseurinnen, Kauffrauen für Bürokommunikation und Medizinische Fachangestellte.

Die weiterhin oft unklare Übernahme der Azubis kritisiert Rudolf scharf und fordert die Arbeitgeber auf, selbst gegen den Fachkräftemangel aktiv zu werden und jungen Menschen per Übernahme eine reelle Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Der Hintergrund: Rund 66 Prozent wissen nicht, ob sie übernommen werden. Zehn Prozent hatten bereits eine Absage.

Der Ausbildungsreport untersucht jährlich, wie es um die Qualität der Ausbildung bestellt ist. So werden die Auszubildenden zum Beispiel zu Arbeitszeit, Vergütung und fachlichen Anleitung befragt. Dieses Jahr haben 9325 junge Menschen teilgenommen. •

Seite 3

**Fachkräfte sichern**  
Analysen zeigen, von flächendeckendem Fachkräftemangel kann keine Rede sein. Die Gewerkschaften raten: Mit Guter Arbeit kann man qualifizierte Beschäftigte gewinnen

Seite 6

**Zukunft im Betrieb**  
Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske im Interview über die Chancen der Gewerkschaften

Seite 7

**Für Gerechtigkeit**  
Vom 17. bis zum 24. September tagt der dritte ver.di-Bundeskongress in Leipzig. einblick stellt die zentralen Themen, Fakten und Personalien vor

## plusminusBERLIN

**+ Swen Schulz (SPD-MdB) fordert, den Hochschulpakt aufzustocken. Durch doppelte Abiturjahrgänge und die überstürzte Aussetzung der Wehrpflicht würden im kommenden Semester viel mehr junge Menschen an die Unis gehen, als von Bund und Ländern erwartet.**

**- Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Martin Zeil (FDP) findet, dass gesetzliche Mindestlöhne Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten die Chancen rauben. Sein Wunsch: Kombilöhne, „mit einer aktivierenden Komponente“, die Anreize schaffe, Arbeit anzunehmen.**



**Der Surf-Tipp fürs Internet**

[www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

Die Internetseite der Hans-Böckler-Stiftung im neu gestalteten Design mit allen Fakten und Hintergründen zu gewerkschaftlichen Themen

**Hintergrund**

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)  
Der aktuelle Ausbildungsreport 2011 des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Landtagswahlen

## GewerkschafterInnen im Trend

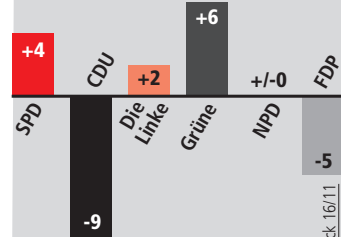
Deutliche Gewinne für SPD und Grüne, leichte für die Linke und hohe Verluste für CDU und FDP: Das Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern entspricht den allgemeinen Wahlrends. Mit 15 Prozent liegt die CDU in der Gunst der GewerkschafterInnen abgeschlagen auf Platz drei – hinter SPD (40 %) und der Linken (23 %).

Ein Wahlziel haben die demokratischen Parteien nicht erreicht – zu verhindern, dass die NPD erneut in den Landtag einzieht. Besorgniserregend: 12 Prozent der Arbeitslosen und 15 Prozent der ErstwählerInnen stimmten für die NPD. Auch gewerkschaftlich organisierte WählerInnen sind nicht immun gegen die rechte Propa-

ganda: Bei den organisierten ArbeitnehmerInnen und den männlichen Gewerkschaftsmitgliedern machten jeweils neun Prozent ihr Kreuz bei der NPD.

### Hohe Verluste für die CDU

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern\* bei der Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern (Veränderungen gegenüber 2006, in Prozent)



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft)  
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

### GewerkschafterInnen: SPD und Linke vorn

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 4. September 2011 (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl 2011 ohne Wahlkreis 33 – Rügen / Landeswahlleiterin

### Gewerkschaftsmitglieder\*:



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft)  
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

### Männer anfälliger für rechte Propaganda

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern\* bei der Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern nach Geschlecht und Arbeitnehmerstatus (in Prozent)



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft)  
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

Anzeige

Debeka

Lebensversicherungsverein a. G.



## Jetzt Dienstunfähigkeit absichern!

Mit der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ist die Versorgung bei Dienstunfähigkeit noch keineswegs gesichert. Noch gravierender sieht die Situation als Beamter auf Probe bzw. auf Widerruf aus.

Die Versorgungslücke zwischen Arbeitseinkommen und Pension wird immer größer. Wenn Sie Ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen, sichern Sie Ihre Arbeitskraft jetzt privat ab.

Wir haben spezielle Angebote für Sie. Rufen Sie uns an.

Debeka-Hauptverwaltung  
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 498 - 0

www.debeka.de

anders als andere

Debeka

### Arbeitgeber gefordert

Schenkt man Arbeitgebern und einigen PolitikerInnen Glauben, dann ist ein flächendeckender Mangel an Fachkräften bereits Realität. Analysen zeigen hingegen: Es gibt Engpässe, aber keinen umfassenden Mangel. Vielmehr haben es die Arbeitgeber selbst in der Hand, Nachwuchs und Fachkräfte zu sichern. Die Mittel: Gute Arbeit, Übernahme, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Weiterbildung sowie faire Löhne.

Der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZdH) lässt sich seine Kampagne eine ordentliche Stange Geld kosten. Mit bis zu 50 Millionen Euro wollen die Arbeitgeber im Handwerk ihr Image aufpolieren. Die Angst vor dem drohenden Fachkräftemangel treibt sie um. Einer ihrer Slogans lautet „Unser größtes Talent: Talente fördern“. Ein Blick in das Ranking mit den schlechtesten Ausbildungsvergütungen macht klar, die finanzielle Förderung ist damit nicht gemeint. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer nimmt die Arbeitgeber im Handwerk daher in die Pflicht: „Wer im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte nicht den Anschluss verlieren will, darf Auszubildende und Beschäftigte nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse mit schlechter Bezahlung drängen.“ Gute Arbeitsbedingungen und leistungsgerechte Entlohnung seien immer noch die beste Imagekampagne, so Sommer.

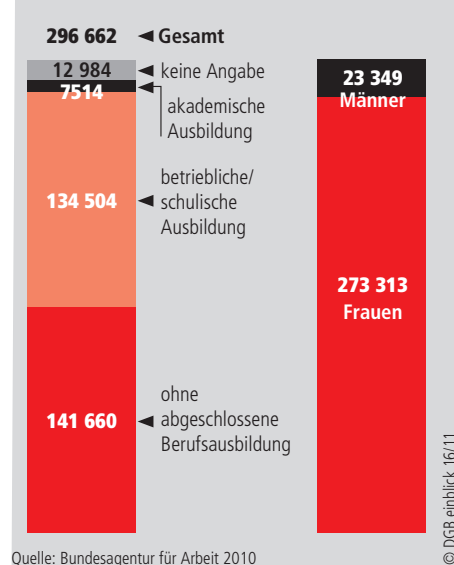
Auch in anderen Branchen haben es die Arbeitgeber in der Hand. So zum Beispiel im IT-Bereich. Laut Arbeitgebern fehlen 35 000 Beschäftigte. Gleichzeitig suchen aber 31 000 IT-Fachleute einen Job. Die Zahl ist im vergangenen Jahr sogar um zehn Prozent gestiegen. Und trotz des Aufschwungs sind die Gehälter nur um knappe 1,5 Prozent gestiegen. Für ver.di steht fest: Die Probleme sind hausgemacht. Die Gewerkschaft fordert eine höhere Ausbildungsquote, mehr Weiterbildung und deutlich mehr Übernahmen von Auszubildenden.

Sorgen bereiten ver.di allerdings einige Sozial- und Pflegeberufe. Jobs mit zum Teil harten

psychischen und physischen Anforderungen, wie zum Beispiel ErzieherInnen und AltenpflegerInnen. Laut Berechnungen fehlen bis 2025 rund 268 000 Fachkräfte in den Kindertagesstätten. Und auch die Pflegebranche steuert auf einen hohen ungedeckten Bedarf an Fachkräften zu. Das Statistische

### Fachkräftepotenzial: Alleinerziehende Arbeitslose

Alleinerziehende Arbeitslose nach Bildungsabschlüssen und nach Geschlecht im Jahr 2010



Bundesamt rechnet mit 221 000 fehlenden ausgebildeten Fachkräften bis 2025. Die Forderungen von ver.di lauten: bessere Bezahlung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und vor allem mehr und umfassenderen Gesundheitsschutz.

Eine DGB-Analyse zeigt: Im Bereich des Maschinen- und Fahrzeugbaus gibt es Engpässe bei Ingenieuren. Ursache hierfür sei, dass die Politik keine ausreichenden

strukturellen Bildungsreformen eingeleitet habe. Außerdem sei die Bildungsexpansion vergangener Jahre gestoppt worden. Der DGB fordert: mehr Aus- und Weiterbildung, eine bessere Anerkennung von Bildung, die gezielte Förderung bildungsferner Schichten und eine „zweite Chance“ für die „Opfer sozialer Auslese“. Die Analyse belegt, dass von einem flächendeckenden Fachkräftemangel keine Rede sein kann. Ein Beleg: 70 Prozent derjenigen, die 2010 ihren Job verloren haben, hatten eine betriebliche oder akademische Ausbildung.

Wie die Fachkräftesicherung der Zukunft aussehen kann, zeigt die IG Metall. In einem Zehn-Punkte-Papier erklärt sie, was Arbeitgeber,

**Viele arbeitslose Alleinerziehende wollen arbeiten. Mehr als 140 000 haben eine schulische, betriebliche oder akademische Ausbildung. Allerdings ist der (Wieder-)Einstieg in die Arbeitswelt nicht leicht für diese Gruppe. Eine bessere Förderung ist hier notwendig.**

und Politik beachten müssen (siehe Randspalte). Die IG Metall betont: „Ob es langfristig wirklich zu einem starken Fachkräftemangel kommt, hängt aber von der wirtschaftlichen Entwicklung ab.“ Wer vor diesem Hinter-

grund ein Horrorszenario an die Wand male, verhindere sinnvolle Lösungen. Was sinnvolle Lösungen sind, hat die IG Metall beispielsweise in Bayern mit dem Tarifvertrag „Zusätzliche Ausbildungsplätze“ bewiesen. Ebenfalls ein gutes Beispiel, der Tarifvertrag mit dem technischen Gebäudeausrüster Imtech GmbH. Gemeinsam haben sie einen bisher einmaligen Tarifvertrag zur unbefristeten Übernahme von Auszubildenden vereinbart. ●

### Fachkräfte sichern

**Mit dem Zehn-Punkte-Papier zur Fachkräftesicherung steckt die IG Metall die zentralen Aspekte für die Zukunft ab. Um Engpässen in einigen Berufsgruppen zu begegnen, schlägt sie eine Reihe von Maßnahmen am Arbeitsmarkt, in den Unternehmen und in der Bildung vor. Unter anderem soll die Leiharbeit reduziert und der Niedriglohnssektor eingedämmt werden. Flächendeckend müssten zumindest das Prinzip Equal Pay und allgemeinverbindliche Mindestlöhne durchgesetzt werden. Mehr Menschen müssten zudem in Arbeit gebracht und zusätzlich Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die IG Metall stellt auch ihre eigene Verantwortung bei der Sicherung von Fachkräften klar: „Wir beteiligen uns gleichzeitig an der bisher sehr einseitigen Debatte über Fachkräftesicherung mit seriösen Vorschlägen und durchdachten Konzepten.“ Mit detaillierten Forderungen nimmt die IG Metall Arbeitgeber und die Politik in Pflicht. Im Zentrum der Forderungen: Gute Arbeit, mehr Bildung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**

Das Zehn-Punkte-Papier der IG Metall und die DGB-Analyse gibt es hier: [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

## kurz & bündig



**Die GdP fordert, das Grundgesetz zu ergänzen und damit Bestrebungen zur Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes für verfassungsfeindlich zu erklären. „Neonazistische Bestrebungen jeglicher Couleur muss konsequent das Wasser abgegraben werden“, so die GdP.**



**Die NGG hat gemeinsam mit der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss (ANG) gefordert, die tarifvertragliche Altersvorsorge zu stärken und diese nicht mehr auf die Grundsicherung anzurechnen. Im Kampf gegen Altersarmut mahnen die Sozialpartner stärkere gesetzliche Flankierungen an.**



**Gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund und der Bau- und Immobilienwirtschaft hat die IG BAU den Bundeshaushalt 2012 kritisiert. Umwelt und Wohnungsbau bleiben auf der Strecke. Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel: „Die Hängepartie bei der Förderung der energetischen Gebäudesanierung gefährdet Arbeitsplätze.“**



**Die IG Metall hat ihr neues Bildungszentrum in Sprockhövel am 12. September eröffnet. Rund 33 Millionen Euro hat sie in den Neubau investiert. Der Neubau war nach 40 Jahren Bildungsbetrieb und nahezu 500 000 Teilnehmern notwendig geworden. Das neue energieeffiziente Haus bietet mehr Komfort und moderne Konferenztechniken.**

### Hans-Böckler-Stiftung

## Verfehlte Steuerpolitik

Die FDP will sie immer noch, die CDU/CSU will sie vielleicht, die Steuersenkungen. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung stellt fest: Seit 1998 haben Bund, Länder und Kommunen Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe. Würden heute noch die 98er Steuergesetze gelten, wären 51 Milliarden Euro mehr in den öffentlichen Kassen. Vor allem die Einkommensteuerreform der rot-grünen Koalition habe zu den Mindereinnahmen beigetragen, stellt IMK-Steuerexperte Achim Truger fest. Die Große Koalition und Schwarz-Gelb haben das Minus weiter vergrößert.

Für Truger steht fest: „Die Hoffnung auf eine weitgehende Selbstfinanzierung von Steuersenkungen über Wachstumsimpulse seien im In- und Ausland regelmäßig enttäuscht worden.“ Wer den Haushalt konsolidieren wolle, komme



**Ein-Euro-Jobs** sollten für Arbeitslose eine Brücke zum ersten Arbeitsmarkt schlagen. Das geht in der Praxis gründlich daneben. Als brandenburgische Landtagsabgeordnete betrieb Esther Schröder zehn Jahre lang ein „Hartz-IV-Kontaktbüro“. Ihre Erfahrungen aus Gesprächen mit Arbeitslosen hat sie in 27 Fallbeispielen in ihrem Buch **Vermittelt, Verwaltet, Vergessen – Was Ein-Euro-Jobs mit Menschen machen** zusammengefasst. Ihr Fazit: Zu selten passen Beruf und Ein-Euro-Job zusammen, zu oft bedeuten Ein-Euro-Jobs Personalabbau. Ein-Euro-Jobber sehen sich eher stigmatisiert, akzeptieren ihre Jobs aus Resignation, kaum mit der Hoffnung auf eine neue Berufs-



tätigkeit. Für Esther Schröder ist die Praxis der Ein-Euro-Jobs alte Arbeitsmarktpolitik mit anderen Mitteln. Sie bestätigt damit, was die Gewerkschaften schon bei der Einführung der Ein-Euro-Jobs befürchteten.

*Esther Schröder, Vermittelt, Verwaltet, Vergessen, Was Ein-Euro-Jobs mit Menschen machen, J.H.W. Dietz-Verlag, 189 Seiten, 16,80 Euro*

### Sozialgerichte

## DGB gegen neue Initiative

Die Idee, Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit zusammenzulegen, währte der DGB schon im politischen Ablagekorb. Jetzt setzen die Justizminister der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen das Thema wieder auf die Tagesordnung. Auf der nächsten Justizministerkonferenz, am 9. November in Berlin, will die Länderallianz eine entsprechende Initiative starten.

Für den DGB ist dieser Schritt nicht nachvollziehbar. Schließlich seien die Argumente altbekannt und hätten bereits früher nicht zum Erfolg geführt. Der Anstieg der Verfahren an den Sozialgerichten sei „einerseits auf das handwerkliche Unvermögen des

um Steuererhöhungen nicht herum. Das IMK befürwortet eine Anhebung des Einkommensteuertarifs für höhere Einkommen, eine höhere

Erbchaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie eine Finanztransaktionssteuer. • [http://bit.ly/hbs\\_steuern](http://bit.ly/hbs_steuern)

Gesetzgebers bei der Erarbeitung der Hartz-IV-Regelungen und andererseits auf die inneren Struktur- und Organisationsprobleme der Jobcenter zurückzuführen“, schreibt die Abteilung Recht des DGB-Bundesvorstands und bittet

um Unterstützung – durch Verbreitung ihres Newsletters zum Thema oder Protestbriefe und -mails an die drei Länderministerien. Deren Anschriften und Mail-Adressen sind im Newsletter enthalten. • Newsletter: [http://bit.ly/dgb\\_recht](http://bit.ly/dgb_recht)

### GEW

## Gewerkschaftsrechte in der Türkei

Verhaftungen, Strafversetzung, Reiseverbote: Mit allen Mitteln versucht der türkische Staat missliebige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu isolieren. Gewerkschaften würden „als Gefahr“ von der türkischen Regierung wahrgenommen, schreibt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in der Einladung zu der Veranstaltung „Gewerkschaftsrechte unter dem Halb-

mond“. Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung lädt die GEW ein, mit Mitgliedern der türkischen Bildungsgewerkschaft „Egitim Sen“ zu diskutieren. Vom 18. bis 29. September werden die türkischen Gäste in acht Städten über ihr Gewerkschaftsleben berichten. • Nähere Informationen über: [manfred.brinkmann@gew.de](mailto:manfred.brinkmann@gew.de) oder [kristina.schatz@fes.de](mailto:kristina.schatz@fes.de)



**Zugegeben, Bundeskanzlerin Angela Merkel braucht ihn nicht (mehr), den roten Schuh der IG BAU-Frauen. Der Hingucker ist der gut sichtbare Begleiter einer Aktion für mehr Frauen in Führungspositionen: „Fuß in der Tür – bis an die Spitze“. Aber erfreut-interessiert war Angela Merkel offensichtlich schon an dem Tischschmuck. IG BAU-Vorstandsmitglied Bärbel Feltrini hatte den Pumps zum Treffen des CDU-Präsidiums mit den Gewerkschaften im Saal platziert. Erwerben kann allerdings den Türstopper nicht Jede/r. Noch sind die Exemplare ausschließlich für IG-BAU-Mitglieder reserviert.**

## Schlechtes Zeugnis

Die Deutschen rutschen im jährlichen Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), „Bildung auf einen Blick“ immer weiter nach unten. Vor allem bei den Hochqualifizierten stellt die OECD Defizite fest. Bei jungen Erwachsenen mit einem Hoch-, Fachschulabschluss oder Meisterbrief lag Deutschland vor 50 Jahren im Mittelfeld der OECD-Länder. Heute rangiert das Land auf einem der hinteren Plätze. Mit sieben Prozentpunkten weist Deutschland zudem die geringste Zuwachsrates bei den Hochqualifizierten auf. Das gilt ebenso für die Bildungsinvestitionen. Im Verhältnis zur Wirtschaftskraft geben nur fünf der insgesamt 36 Staaten weniger Geld aus als Deutschland. Das ist „ein schlechtes Zeugnis“, konstatiert DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock.

Nicht zum ersten Mal erinnern die OECD-Wissenschaftler daran, dass sich Bildungsausgaben auch rechnen. Zudem zeigten Untersuchungen, dass die Zufriedenheit bei den besser Ausgebildeten größer sei, sie engagieren sich auch stärker ehrenamtlich, und selbst die Wahlbeteiligung steige mit der Qualität des Abschlusses.

Bei der ohnehin niedrigen Investitionsquote sind vor allem GrundschülerInnen die Verlierer. Während im OECD-Mittel pro Schüler 7200 US-Dollar ausgegeben werden, liegt der Betrag in Deutschland bei 5900 US-Dollar. Für Sehrbrock ein Zeichen, dass die Bundesländer allein „offenkundig mit der Finanzierung eines hervorragenden Bildungswesens überfordert“ sind. Die Bundesländer müssten endlich ihre Rotstift-Politik bei Kindergärten, Schulen und Hochschulen beenden. Sehrbrock fordert unter anderem: „Wenn wir mehr Hochqualifizierte wollen, müssen sich die Hochschulen für Menschen ohne Abitur öffnen.“

### Einzelhandel

## Gold für Nachhaltigkeit

Unternehmen engagieren sich heute stärker in den Bereichen Umwelt- und Sozialverantwortung. Die Verbraucher-Initiative e.V. (VI) kommt nach einer aktuellen Befragung des Einzelhandels zu diesem positiven Ergebnis. Gegenüber einer Studie aus 2009 zieht Projektleiterin Melanie Weber-Moritz in diesem Jahr das Fazit: Das Engagement ist gestiegen. Untersucht wird von der VI das nachhaltige Engagement in der gesamten Lieferkette – von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung.

Auch die Arbeitsbedingungen innerhalb der Lieferkette und die der Beschäftigten vor Ort sowie Verbraucherschutz und Kundeninteressen fließen in die Bewertung ein. Die Besten erhalten Gold-Medaillen.

In diesem Jahr gab es das Metall – wie bereits im Vorjahr – für gepa und hessnatur. Dazu kam die REWE-Gruppe mit ihren Vertriebslinien, der Versandhandel tegut, die Deutsche Telekom, H&M und Tchibo (Textilien). Den Fragebogen entwickelte das Öko-Institut. Unterstützt wird das Projekt vom Bundesumweltamt und dem Bundesumweltministerium. • [www.nachhaltig-einkaufen.de](http://www.nachhaltig-einkaufen.de)

### Wirtschaftskriminalität

## Betrüger nutzen Netz

Einen Schaden von rund 4,66 Milliarden Euro verursachten Wirtschaftskriminelle im vergangenen Jahr. Ein neuer Rekord, wie der Präsident des Bundeskriminalamtes Jörg Ziercke bei der Vorstellung des Lageberichts 2010 erklärte. Obwohl die Fallzahlen mit 102 813 (2009: 101 340) Straftaten nahezu gleich blieben, lag die Schadenssumme 2009 noch bei 3,43 Milliarden Euro. Ein Ergebnis, das noch nicht einmal alle tatsächlich verübten Straftaten erfasst, weil viele gar nicht gemeldet würden, so Ziercke. Sei es, weil Schwarzgeld dabei eine Rolle spielte oder weil sich die Opfer

schämten. In mehr als 31 000 Fällen spielte das Internet eine Rolle.

Der Anstieg bei den Taten im Netz spiegle das „geänderte Konsumverhalten“ wider, erklärte Ziercke. Neue Sicherheitssysteme helfen dann oft nur begrenzt. Es dauere nie lange, bis Kriminelle wieder auf neue Ideen kämen. Die Aufklärungsquote lag bei 91 Prozent. Der BKA-Präsident hält eine bessere Quote für möglich. Dies erfordere aber mehr Geld für Personal, Fachkompetenz, Spezialisten und technische Ausrüstung. Eine möglicherweise lohnende Investition, denn lediglich 379 Millionen Euro konnten bei den Tätern sichergestellt werden. Für Ziercke ist das ein „deutliches Missverhältnis“ in Anbetracht der tatsächlichen Schadenshöhe. •

### Mindestlohn

## CDA kontra CDU

Ein Satz mit Missverständnissen: In einem Interview hatte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) erklärt, sie sei überzeugt, dass „wir über kurz oder lang einen Mindestlohn in allen Branchen haben werden“. Die Mindestlohn-BefürworterInnen freuten sich. Und auch beim Arbeitnehmerflügel der Christdemokraten dürfte der Satz kurzfristig Jubel ausgelöst haben.

Doch das Ministerium korrigierte. Die Interview-Aussage sei wohl überinterpretiert worden, die Ministerin sei nach wie vor gegen einen gesetzlichen Mindestlohn und werde diese Haltung auch auf dem Parteitag vertreten. Auf diesem Parteitag im November will die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) um Unterstützung für einen gesetzlichen Mindestlohn werben – und rechnet mit breiter Zustimmung.

Nicht nur auf die Bundesarbeitsministerin, sondern wohl auch auf die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, wird die CDA dabei kaum bauen können. Zumindest erklärte Regierungssprecher Steffen Seibert am 12. September: „Die Tarifautonomie zu stärken und sie zu bewahren, ist eines der Hauptanliegen dieser Bundesregierung. Sie hat begrüßt, dass es in einzelnen und zusätzlichen Branchen zu solchen Mindestlohnregelungen gekommen ist.“ •

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske im Interview

## „Die Zukunft der Gewerkschaft entscheidet sich im Betrieb“

Frank Bsirske im einblick-Interview über „Chance 2011“, mehr Mitgliederorientierung, das Konzept Tarifeinheit und die Bedeutung des DGB für die Mitgliedsgewerkschaften.

### ■ „Chance 2011“ ist eines der Themen auf dem ver.di-Kongress. Welche Chancen hat ver.di, haben die Gewerkschaften 2011?

■ Wesentlich mehr als vor fünf, sechs Jahren in der Hochphase der Agenda 2010, in der auch das Bashing der Gewerkschaften Hochkonjunktur hatte. Damals veröffentlichte die Frankfurter Rundschau eine Karikatur mit zwei Kindern im Sandkasten. Eines heult hemmungslos und erklärt: „Der hat Gewerkschafter zu mir gesagt.“ Mittlerweile haben die Menschen durch die Krise erfahren, dass die Gewerkschaften mit ihren Warnungen richtig gelegen haben. Nach einer Allensbach-Umfrage halten heute 76 Prozent der Deutschen Gewerkschaften für wichtig und unverzichtbar. Aber „Chance 2011“ meint eigentlich etwas anderes: Das ist ein Arbeitsplan für die eigene Organisation, den ver.di nach dem Kongress 2007 entwickelt hat. Sein Ziel: die Organisation handlungsfähiger und mitgliederorientierter zu machen.

### ■ Was beinhaltet dieser Arbeitsplan?

■ Unsere Analyse hat gezeigt: Die Sozialpartnerschaft ist brüchiger geworden, die Bereitschaft der Arbeitgeber, Kompromisse zu schließen, ist gesunken. Das erschwert die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen. Wir haben erkannt, dass wir die Art und Weise, wie wir die Interessen der Beschäftigten vertreten, ändern müssen: Wir müssen beteiligungsorientierter, konfliktorientierter, aktivierender agieren.

Wir müssen nah am Mitglied arbeiten, kommen mit Stellvertreterhandeln nicht zum Erfolg. Das bedeutet auch, die inneren Strukturen der Organisation zu verändern und Themen- und Handlungsfelder besser miteinander zu verzahnen.



Foto: Kay Henschelmann/ver.di

**Frank Bsirske, 59, ist seit der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di 2001 deren Vorsitzender. Der studierte Politikwissenschaftler, Gewerkschaftsmitglied seit 1978, ist Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen und u.a. Vorsitzender der Region Europa von Union Network International (UNI) sowie Mitglied im Exekutivausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).**

### ■ Was habt ihr in den letzten vier Jahren dazu erreicht? Was bleibt zu tun?

■ Wir haben deutliche Schritte nach vorn gemacht – etwa in der Verzahnung der Bildungsarbeit mit den strategischen Schwerpunktthemen der Organisation oder auch in der Kommunikation nach außen wie nach innen. Unser neuer Internetauftritt setzt an den Erwartungen und Ansprüchen von Beschäftigten, Mitgliedern wie Nicht-Mitgliedern, an eine Gewerkschaft an, statt die Vielfalt der Organisation aus der Innensicht zu präsentieren. Mit unserem neuen Mitgliedernetz wollen wir dialogischer und transparenter werden und Diskussionsforen jenseits von Facebook bieten. Natürlich bleibt noch eine Menge zu tun – vom Selbstverständnis der Führungskräfte in der Organisation bis zur Nachwuchsgewinnung und -ausbildung, schließlich gehen viele hauptamtliche ver.dianer in den

kommenden Jahren in Rente. Auch die gezielte Förderung von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund gehört zu den Themen, an denen wir weiterarbeiten müssen. Und über die Verteilung der finanziellen Mittel müssen wir reden.

In den letzten vier Jahren haben wir 170 Mio. Euro Streikunterstützung gezahlt. Angesichts dessen wollen wir den Streikfonds noch besser polstern. Das führt natürlich zu der Frage, woher das Geld dafür kommen soll.

### ■ Nach zehn Jahren ver.di: Haben die fünf Gründungsgewerkschaften zu einer neuen Organisation zusammengefunden?

■ Ja. Wir haben in den letzten zehn Jahren bewiesen, dass wir absolut handlungsfähig sind. Beispiel Mindestlohnkampagne: Zusammen mit anderen Gewerkschaften ist es uns gelungen, den Blick der Öffentlichkeit auf die Armutslöhne zu richten. Heute ist die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass man von Vollzeitarbeit auch leben können muss. Unsere Kampagne „Gerecht geht anders“ hat die Frage aufgegriffen, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft entwickeln soll. Gerecht geht an-

ders, als Schwarz-Gelb regiert – mit einseitiger Klientelpolitik, ob im Gesundheitswesen, in der Rentenversicherung oder in der Arbeitsmarktpolitik.

Wir haben Einiges auf den Weg gebracht, sind in den Krisen der letzten Jahre zusammengewachsen und haben auch eine eigene Organisationskultur entwickelt.

### ■ Wie sieht die aus?

■ Ich erlebe sie als wesentlich dialogischer, konsensorientierter, weiblicher und politischer als zuvor. Aber auch als toleranter und pluralistischer, als man es von anderen Organisationen gewohnt war und ist. Ein Indiz, dass die Bindung an die Gründungsorganisationen zunehmend an Gewicht verliert, ist auch, dass seit 2001 immerhin 1,1 Millionen eingetreten sind – ohne Bindung an eine der Gründungsorganisationen.

### ■ Hat sich also das Konzept einer Multibranchengewerkschaft bewährt?

■ Ja. Zwar war nicht zu erwarten, dass ver.di Tariffbewegungen der unterschiedlichsten Branchen synchronisieren kann. Und doch hat etwa die Verkäuferin im Einzelhandel vom Müllwerker profitiert: Durch die Stärke der gesamten Organisation, durch die bessere Ausstattung der Streikfonds, durch die Zusammenarbeit mit den anderen Fachbereichen im Tarifkonflikt. Sonst wären beispielsweise in einem Bezirk wie Stuttgart 40 Warnstreiks an einem Tag im Einzelhandel in diesem Frühjahr ohne die Unterstützung der anderen Fachbereiche kaum möglich gewesen.

### ■ Und welche Antwort hat von Berufsgewerkschaften von Cockpit für die Piloten bis zu Neugründungen etwa im Bereich der Feuerwehr?

■ Machen wir uns nichts vor – wenn eine Berufsgruppe wie die Piloten erst einmal erkannt hat, dass sie allein – ohne die Pförtner,

Stewardessen oder Cateringleute – tarifpolitisch besser unterwegs ist, wird es sehr schwer, sie für ver.di zurückzugewinnen. Aber auch diese Entwicklung hat Grenzen, nicht jede Gruppe, die aus der Solidarität der großen Gewerkschaften ausscheidet, wird ähnlich erfolgreich sein. Um dieser Tendenz aktiv entgegenzuwirken, setzen wir auch in der Tarifpolitik auf mehr Mitgliederorientierung und auf mehr Differenzierung, um den Interessen aller Beschäftigtengruppen besser gerecht zu werden.

## ■ Die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit ließ sich in ver.di aber nicht durchsetzen.

■ Das ist richtig. Die Mehrheit der ver.di-Funktionäre war überzeugt, dass eine gesetzliche Festschreibung der Tarifeinheit der falsche Weg ist. Der Gewerkschaftsrat von ver.di hat sich daher gegen jede Form des gesetzlichen Eingriffs in das Tarifvertrags- und Streikrecht ausgesprochen. Das heißt aber nicht, dass wir politisch nicht weiter für die Tarifeinheit kämpfen.

## ■ Braucht die Multibranchengewerkschaft ver.di den DGB überhaupt noch?

■ Der DGB ist von elementarer Bedeutung. Er bündelt unsere Kräfte und verbessert die Einflussmöglichkeiten. Außerdem hat der DGB eine zivilisierende Funktion, was den Umgang miteinander angeht. Jenseits der Zivilisation stünde die ständige Auseinandersetzung: Seien es Arbeitgeber oder Betriebsräte, die mit einer Gewerkschaft unzufrieden sind und die Arbeitnehmervertretungen gegeneinander ausspielen, eine gegen die andere.

Denn: Je größer aufgrund der Mitgliederentwicklung der Druck auf einzelne Organisationen wird, umso größer wird auch die Bereitschaft, nach den Mitgliedern anderer zu greifen. Deswegen müssen wir auch unbedingt festhalten an dem Grundorganisationsprinzip

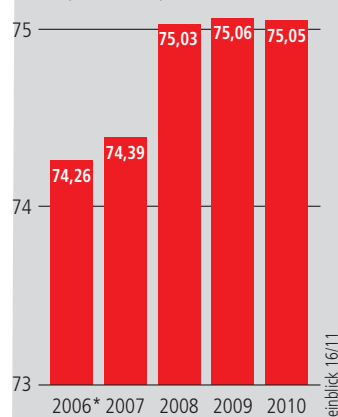
des DGB: ein Betrieb – eine Gewerkschaft.

## ■ Welche Rolle kommt den Gewerkschaften in der aktuellen Krise zu?

■ Fakt ist, die Politik hat im Krisenmanagement versagt. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, in der aktuellen tiefgehenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krise die Zusammenhänge deutlich zu machen, Orientierung zu geben und Alternativen zu zeigen. Miteinander. Und mit den Kolleginnen und Kollegen. Ob es uns gelingt, diesen Herausforderungen überzeugend zu begegnen, entscheidet maßgeblich über die Zukunft der Gewerkschaften. Und dann gilt es, diese Antworten in die Betriebe zu tragen und dort zu verankern. Denn nach wie vor gilt: Die Zukunft der Gewerkschaft entscheidet sich im Betrieb. ●

## Mitten im Leben

Anteil der erwerbstätigen Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft von ver.di (in Prozent)



\*Daten jeweils vom Dezember  
Quelle: ver.di-Bundesvorstand

**Noch ist es ver.di nicht gelungen, den Mitgliederschwund komplett zu stoppen. Immerhin konnten von 2007 bis 2011 die Verluste gegenüber den vier Jahren zuvor halbiert werden. Vor allem dann, wenn Mitglieder in Rente gehen oder arbeitslos werden, kehren sie der Gewerkschaft den Rücken. Der Anteil der erwerbstätigen Mitglieder hat sich dagegen stabilisiert. Im ersten Halbjahr 2011 konnte ver.di im Saldo über 10 000 Berufstätige mehr als Mitglieder gewinnen.**

## 1300 Anträge

## Gemeinsam für Gerechtigkeit

1009 Delegierte stellen vom 18. bis zum 24. September die Weichen für die Politik der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in den nächsten vier Jahren.

Vier Schwerpunktthemen werden die inhaltliche Debatte auf dem ver.di-Kongress in Leipzig bestimmen: die Dienstleistungspolitik, das Streikrecht der Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen, die Zunahme prekärer Beschäftigung und Europa. „Wir wollen Europa aber anders“, stellt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske klar. Auch ver.di sei für eine europäische Wirtschaftsregierung, aber mit einer anderen Ausrichtung als von Merkel und Sarkozy vorgeschlagen. Weder Rente mit 67 und Schuldenbremse noch rigide Sparprogramme sind der richtige Weg, um der Krise der Eurozone zu begegnen.

Im Mittelpunkt des Kongresses steht neben den Wahlen die Beratung der rund 1300 Anträge zum Kongress. Drei dicke Ordner füllen sie, und ihr Themenspektrum ist riesig: Soll die gewerkschaftliche Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn auf 10 Euro erhöht werden? Ist ein bedingungsloses Grundeinkommen anstrebenenswert? Wie muss die Gewerkschaftsarbeit der Zukunft aussehen? Was heißt Mitgliederorientierung in der Tarifpolitik? Brauchen wir ein politisches Streikrecht? Alle 1300 Anträge stehen im Internet unter [www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress/downloads](http://www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress/downloads). Sortiert sind die Anträge nach 17 Themengebieten. Das hat die 26-köpfige ehrenamtliche Antragsberatungskommission geleistet, die im Vorfeld des Kongresses alle eingereichten 1698 Anträge gelesen, wortgleich zusammengefasst und für alle verbliebenen Anträge eine Vorempfehlung gegeben hat. ●

## Wahlen

**Neben dem Gewerkschaftsrat – dem höchsten ehrenamtlichen Gremium zwischen den Bundeskongressen – wird auch der ver.di-Bundesvorstand in Leipzig neu gewählt. Auch künftig sollen zum ver.di-Vorstand 14 Mitglieder gehören. Das schlägt der ver.di-Gewerkschaftsrat vor. Wiedergewählt werden soll der Vorsitzende Frank Bsirske. Künftig soll es nicht mehr vier, sondern nur noch zwei stellvertretende Vorsitzende – Andrea Kocsis und Frank Werneke – geben. Nicht mehr kandidieren werden die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Margret Mönig-Raane und Gerd Herzberg sowie Vorstandsmitglied Uwe Foullong.**

**Neu zur Wahl stellen sich Beate Mensch als Vorstandsmitglied für den Fachbereich 1, Finanzdienstleistungen, Christine Behle als Vorstandsmitglied für den Fachbereich 11, Verkehr, sowie Stefanie Nutzenberger als Vorstandsmitglied für den Fachbereich 12, Handel.**

Alle Infos zum Kongress gibt es unter [www.verdi.de](http://www.verdi.de)

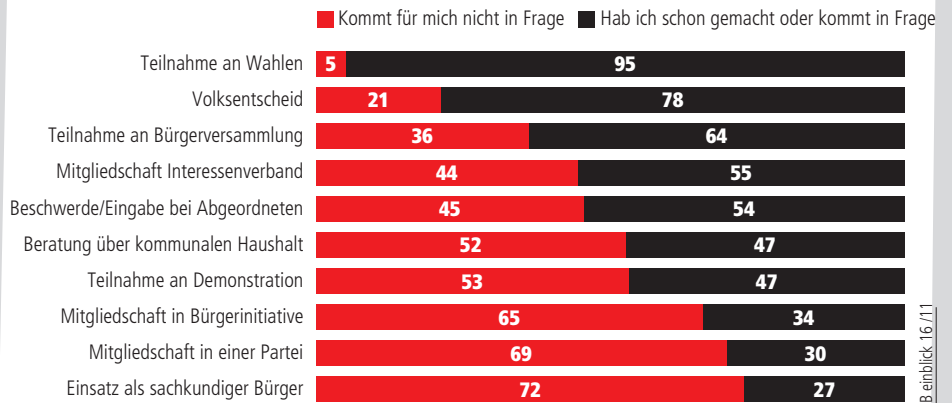
Alle, die nicht live in Leipzig dabei sein können, können wichtige Abschnitte des Kongresses per Livestream im Internet verfolgen.

**Unter [www.mitgliedernetz.verdi.de](http://www.mitgliedernetz.verdi.de) lädt ver.di Mitglieder ein, sich an der Diskussion von ausgewählten Schwerpunkten des Kongresses zu beteiligen – von der Höhe des Mindestlohns bis zu einer mitglieder-nahen Tarifpolitik.**

### POLITISCHE BETEILIGUNG: Parteien haben es schwer

**Eine Studie der Bertelsmann Stiftung belegt: Nur etwa ein Drittel der BürgerInnen kann sich vorstellen, Mitglied einer Partei zu sein. Für zwei Drittel der Befragten ist dies keine Option. Besser steht es um den Willen, in einem Interessenverband – wie etwa einer Gewerkschaft – aktiv zu sein. Weitere Zahlen einer Allensbach-Studie bestätigen das gute Bild der Gewerkschaften: Demnach finden 76 Prozent der Befragten Gewerkschaften wichtig. Allerdings fordern 37 Prozent, dass sie moderner werden sollten.**

Antworten auf die Frage „Welche Formen politischer Beteiligung werden von Ihnen praktiziert oder sind für Sie erstrebenswert?“ (in Prozent)



Quelle: Bertelsmann Stiftung 2011

© DGB einblick 16 / 11

### personalien

••• **Michael Kronacher**, 57, selbstständiger Kommunikationsberater, leitet seit 1. September das Kommunikationsmanagement der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

### 14 TAGE

mehr Infos: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de)

**17.-24.9.** ver.di, 3. ver.di-Bundeskongress „Vereint für Gerechtigkeit“, Leipzig

**19.9.** DGB-Sachsen, Treffen „10. Sächsischer Seniorentag“, Dresden

**20.9.** DGB-Sachsen, Betriebs- und Personalrätekonferenz

„Tarifreugesetz für Sachsen – keine Vergabe unter 8,50 Euro“, Dresden

**20./21.9.** IG Metall, Tagung „Engineering: Global Engineering – Solidarität statt Konkurrenz“, Essen

**22.9.** DGB-Bildungswerk, „Arbeitsmarktpolitisches Fachgespräch für ARGen und Optionskommunen“, Düsseldorf

**22./23.9.** Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Unternehmensstrategien als Thema im Aufsichtsrat“, Düsseldorf

**22./23.9.** DGB Rechtsschutz, 25. Fachkonferenz „Flexibilität rund um das Arbeitsverhältnis – Der Betriebsrat bestimmt mit!“, Goslar

**23.-25.9.** ver.di, Seminar „5. ver.di-Drucker Tage“, Lage-Hörste

**26.9.** DGB, Workshop „Fachkräfte gesucht! Personalbedarf für Bildung, Wissenschaft und Forschung“, Berlin

**27./28.9.** WSI, Tariftagung 2011 „Stabilisierung des Flächen-tarifvertrages – Reform der Allgemeinverbindlichkeit“, Düsseldorf

**28.9.** DGB Bildungswerk, Fachgespräch „Fachkräftebedarf zwischen Mythos und betrieblicher Realität“, Düsseldorf

**28.-30.9.** TBS Berlin, Seminar „Na, schon wieder online? – Internet und E-Mail am Arbeitsplatz“, Berlin

**29./30.9.** Hans-Böckler-Stiftung, Gleichstellungstagung „Frauen in die Chefsessel – Männer in die Familie?“, Berlin

### Tipp

**Veranstaltung: Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut: WSI-Herbstforum „Gesplante Gesellschaft“, 24. November, Berlin**

Das WSI-Herbstforum 2011 nimmt in diesem Jahr die schwerwiegenden gesellschaftlichen Prozesse in den Fokus, die durch die diversen Finanz-, Wirtschafts-, und Euro-Krisen überlagert werden. Unter dem Motto „Gesplante Gesellschaft“ diskutieren WissenschaftlerInnen Ursachen, Hintergründe und Probleme der sozialen Spaltung in Deutschland. [http://bit.ly/wsi\\_herbst](http://bit.ly/wsi_herbst)

### IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB

**Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke

**Redaktion:** Anne Graef (verantwortl.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:**

Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:**

Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet:

[www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de), E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info) **Anzeigen:** Bettina Mützel,

Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muettel@berlin.de](mailto:bettina.muettel@berlin.de)

**Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork

Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Beleg-

exemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck

von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

### Schlusspunkt.

„Ohne Betriebsrat kommen wir nicht in den Himmel.“

Der Berliner Arbeitsrichter Claus-Peter Morof begründete so seine Entscheidung in der Auseinandersetzung eines Betriebsrates mit der Geschäftsleitung einer H&M-Boutique. Die vom Arbeitgeber geforderte Auflösung des Betriebsrates sei nach „aufgeregter Debatte“ und dem daraus resultierenden Richterspruch nicht umgesetzt worden, so die „Berliner Morgenpost“ vom 17. August.



**Kündigung****Späte Krankmeldung kann Job kosten**

Wiederholte Verletzungen der Anzeigepflicht bei Arbeitsunfähigkeit nach erfolgter Abmahnung rechtfertigen eine Kündigung.

**Der Fall:** Der Arbeitnehmer war als Vorarbeiter in der Flugzeugreinigung auf dem Frankfurter Flughafen tätig. In der Vergangenheit war er wiederholt arbeitsunfähig, meistens wegen Beschwerden an der Lendenwirbelsäule. Bereits 2003 erinnerte der Arbeitgeber den Arbeitnehmer schriftlich daran, eine Erkrankung möglichst noch vor Dienstbeginn anzuzeigen, damit anderweitig disponiert werden könne. Der Arbeitnehmer zeigte in der Folgezeit seine Arbeitsunfähigkeit dennoch sechsmal verspätet an und wurde dafür abgemahnt. Als der Arbeitnehmer im September 2009 wiederum nicht unverzüglich seine Arbeitsunfähigkeit meldete, wurde ihm fristlos, hilfsweise ordentlich gekündigt. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

**Das Landesarbeitsgericht:** Die wiederholte Verletzung der Meldepflicht bei Erkrankung rechtfertigt nach erfolgloser Abmahnung die ordentliche Kündigung. Die Pflicht zur unverzüglichen Mitteilung der Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtlicher Dauer ergibt sich aus dem Gesetz. Sie besteht unabhängig von der Pflicht zur Vorlage einer ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung. Die Eigenart der vom Arbeitgeber erbrachten Dienstleistung, der Flugzeuginnenreinigung, bringt es mit sich, dass sie nur in einem engen zeitlichen Fenster erledigt werden kann. Dafür ist es zwingend erforderlich, dass das eingeteilte Personal zu den vorgegebenen Zeiten erscheint bzw. im Verhinderungsfall unverzüglich das Nichterscheinen mitteilt, damit der Arbeitgeber den Personaleinsatz kurzfristig umdisponieren kann.

**Hessisches Landesarbeitsgericht,  
Urteil vom 18. Januar 2011 - 12 Sa 522/10**

**Pause überzogen****Fluglotse verliert Arbeitsplatz**

Ein Flugsicherungsunternehmen darf einem Fluglotsen fristlos kündigen, der seine Pausen nachts mehrfach um bis zu einer Stunde überzogen hat, wodurch sein Arbeitsplatz unbesetzt blieb.

**Der Fall:** Der 35-jährige Fluglotse war im Tower eines Flughafens eingesetzt. In der Nachtschicht ist dort eine Besetzung von zwei Fluglotsen vorgeschrieben. Die Pausen von je zwei Stunden sind abzusprechen. Jeder Fluglotse muss auch in der Pause erreichbar bleiben. Nach Videoaufzeichnungen wurde festgestellt, dass der Fluglotse entgegen seinen Eintragungen im Arbeitsplatznachweis an mindestens fünf Nächten die Towerkanzel länger als zwei Stunden verlassen und die Pausen mehrfach zwischen 20 Minuten und einer Stunde überzogen hatte. Daraufhin sprach der Arbeitgeber eine fristlose Kündigung aus. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

**Das Landesarbeitsgericht:** Der Fluglotse hat seinen Arbeitsplatz übermäßig lange verlassen und die Sicherheit des Luftverkehrs gefährdet. Ihm war bekannt, welche Risiken entstehen können, wenn nicht genügend Fluglotsen am Platz sind. Er wusste, dass es deshalb sechs Wochen zuvor zu einer gefährlichen Situation auf dem Flughafen Frankfurt gekommen war. Erschwerend komme hinzu, dass er seinen Arbeitsplatznachweis falsch ausgefüllt hat und so den Eindruck erwecken wollte, er habe die Pausen vorschriftsmäßig genommen. Die Pflichtverletzung war so krass, dass eine vorherige Abmahnung überflüssig war.

**Hessisches Landesarbeitsgericht,  
Urteil vom 18. Januar 2011 - 12 Sa 522/10**

**Rufbereitschaft****Auch Grundvergütung ist fällig**

Ordnet der Arbeitgeber einem Arzt für einen Wochenfeiertag Rufbereitschaft an, hat der Arbeitnehmer für die Zeiten der tatsächlichen Inanspruchnahme Anspruch auf Vergütung nach dem einschlägigen Tarifvertrag für Ärzte. Dieser Anspruch besteht zusätzlich zur Feiertagsvergütung.

**Landesarbeitsgericht Nürnberg,  
Urteil vom 23. Mai 2011 - 7 Sa 757/10**

**Zeugniserteilung****Bei Weigerung Zwangsgeld**

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem ausgeschiedenen Arbeitnehmer ein Zeugnis auszustellen. Weigert er sich, kann gegen ihn ein Zwangsgeld verhängt werden. Das gilt auch, wenn der Betrieb inzwischen nicht mehr existiert.

**Landesarbeitsgericht Rheinland Pfalz,  
Beschluss vom 3. August 2011 - 9 Ta 128/11**

**Beamte****Dürfen auch streiken**

Das Streikrecht kann auch Beamten zustehen. Voraussetzung ist, dass sie nicht hoheitlich tätig sind, also nicht im Bereich der Eingriffsverwaltung, der Polizei und der Landesverteidigung.

**Verwaltungsgericht Kassel,  
Urteil vom 27. Juli 2011 - 28 K 574/10.KS.D**

**Polizeidienst****Dienstkleidung passt in das Spind**

Ein Dienstspind von 1,75 m Höhe, 1 m Breite und 0,46 m Tiefe genügt, um die Dienstkleidung eines Ordnungspolizisten ordnungsgemäß zu verwahren. Uniformjacken und Mützen kann man auch an der Garderobe aufhängen.

**Hessisches Landesarbeitsgericht,  
Urteil vom 31. Mai 2011 - 19 Sa 1753/10**

**Feiertagszuschläge****Nur für gesetzliche Feiertage**

Sieht ein Tarifvertrag Zuschläge für Feiertagsarbeit vor, so wird dieser Zuschlag nur für die Arbeit an gesetzlichen Feiertagen gezahlt. In Sachsen-Anhalt sind Ostersonntag und Pfingstsonntag nach dem Landesrecht keine gesetzlichen Feiertage.

**Bundesarbeitsgericht,  
Urteil vom 17. August 2011 - 10 AZR 347/10**

**HIV-Infektion****Stellt keine Behinderung dar**

Das Aktenzeichen zur Entscheidung „HIV-Infektion“ in einblick 15/2011 ist falsch. Es muss richtig lauten:

**Arbeitsgericht Berlin,  
Urteil vom 21. Juli 2011 - 17 Ca 1102/11**